

2007-07-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 24.05.2007

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar
Gebhardt, Roland
Göring, Christoph
Kolze, Jens
Mrosek, Andreas

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Sachse, Hans-Christian

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES Forum

Bönecke, Matthias

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Gröger begrüßte die Mitglieder und Gäste des Haushalts- und Finanzausschusses und stellte die form- und fristgemäße Ladung fest.

2. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

3. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

3.1. Beratung zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 BV 139/2007/II-20 Vorlage: BV/139/2007/II-20

Frau Nußbeck schlug eingangs zum weiteren Verfahren der Behandlung der Einzelpläne des Haushaltsplanes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes vor, beide parallel zu beraten. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

3.1.1. Verwaltungshaushalt 2007 - Einzelpläne 0 - 4

Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung

Frau Ehlert nahm allgemein auf die Erhöhung bei den Energiekosten Bezug und erfragte, inwieweit das bestehende Energieeinsparungskonzept diesen Kostenaufwuchs auffange. Eine weitere Anfrage bezog sich auf den Sammelnachweis Reinigungsleistungen. Frau Ehlert erbat hierzu Ausführungen, worauf der Aufwuchs bei diesen Leistungen zurückzuführen sei.

Frau Nußbeck erklärte, dass diese Aufwüchse in der Mehrwehrsteuererhöhung begründet seien. Die Verwaltung habe ermittelt, dass sich die Mehrwertsteuererhöhung mit insgesamt 700 TEUR über alle Haushaltsstellen auswirke. Das betreffe die Energiekosten sowie auch die Reinigungsleistungen, im Fazit finde man dies in allen Sachkosten wieder, so Frau Nußbeck.

Im Weiteren verwies Frau Nußbeck auf die Seite 201 des **Haushaltsplanes, Einzelplan 0** und erläuterte, dass durchgängig in vielen Bereichen eine Erhöhung der Kosten für die Datenverarbeitung zu finden sei. Zurückzuführen sei diese Erhöhung von insgesamt 434 TEUR auf die Fusion der Städte Dessau und Roßlau und die Auseinandersetzung mit dem Landkreis Anhalt-Zerbst. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, Systeme zu vereinheitlichen, Daten zu übernehmen und Mitarbeiter neu mit Hard- und Software neu auszustatten, hier insbesondere bezüglich der Übernahme der PC-Technik aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst. Dies, so Frau Nußbeck, seien also fusionsbedingte Mehraufwendungen, die ebenfalls in fast allen Sachbereichen des Haushaltes Auswirkungen haben.

Herr Giese-Rehm erfragte in diesem Zusammenhang, ob eine Neuausstattung von Hard- und Software nicht eine Investition im Vermögenshaushalt sei.

Frau Nußbeck erklärte, dass dies beide Haushalte betreffe. Zum einen sei die Unterhaltung und Softwarepflege dem Verwaltungshaushalt zugeordnet und die Hardwarebeschaffung dem Vermögenshaushalt.

Frau Ehlert erfragte bezüglich der vorhandenen Hard- und Software, inwieweit diese eine Umstellung auf die Doppik ermögliche oder ob hier mit weiteren Kostenaufwüchsen zu rechnen sei. Frau Wirth erklärte, dass das vorhandene Programm doppikfähig sei. Mit diesem Programm werde in anderen Städten bereits doppisch gebucht.

Einzelplan 0
UA 02600 – Gleichstellungsbeauftragte
HHSt. 40000 – Personalausgaben

Herr Giese-Rehm erfragte unter Bezugnahme auf eine bereits im vergangenen Jahr angeregte Zuordnung einer HH-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit für das Familienbündnis den Stand. Es ging hier um die Einstellung eines Betrages von insgesamt 5.000 EUR.

Frau Nußbeck machte deutlich, dass die derzeitige Haushaltslage solches nicht zulasse. Man werde diesen Vorschlag mitnehmen, wobei zur genauen Betrachtung eine dezidierte Untersetzung der Mittel erforderlich sei.

Herr Maloszyk erfragte zu dieser Haushaltsstelle die Gründe für die Vervielfachung der Personalausgaben gegenüber dem Jahr 2005.

Frau Nußbeck erläuterte, dass die Erhöhung aus den Personalkosten für die langzeiterkrankte Stelleninhaberin resultiere. Frau Wirth ergänzte, dass es sich hier um zwei Stellen handele.

Zum Einzelplan 0 – Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept - wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Einzelplan 1
UA 12000 – Umweltschutz
HHSt. 60050 - Umwelterziehung

Auf Anfrage von Herrn Giese-Rehm bezüglich der Verringerung des Haushaltsansatzes für das Jahr 2007 erläuterte Frau Wirth, dass hier eine Anpassung an das Rechnungsergebnis 2005 vorgenommen wurde.

Einzelplan 1
UA 11100 – Ordnungswesen
HHSt. 40000 – Personalausgaben

Herr Bier erfragte die Gründe zu den Aufwüchsen bei den Personalausgaben. Frau Nußbeck erläuterte, dass sich die Personalkosten aufgrund der Änderung des Tarifvertrages von 35,0 Stunden auf 37,0 Stunden erhöht haben. Im Weiteren seien in dieser Haushaltsstelle auch noch die Einmalzahlungen und die Anpassung für Beamte mit enthalten.

Zum Einzelplan 1 – Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept - wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 2 – Schulen

Herr Pätzold führte allgemein zum Haushalt aus, dass bezogen auf die Haushaltskonsolidierung auch die Personalkosten betrachtet werden. Die Haushaltskonsolidierung sei durchgezogen mit Stellenstreichungen und damit Personalkosteneinsparungen.

Um hier eine objektive Betrachtung vornehmen zu können, fehle, wie schon in der letzten Stadtratssitzung hingewiesen, ein aussagekräftiges Personalentwicklungskonzept (PEK), zumal ein solches seiner Meinung nach durch den Hauptausschuss bis zum 31.03.2007 gefordert wurde. Nun seien auch schon die Tarifverhandlungen eben wegen des Fehlens des PEK gescheitert und mit dem vorliegenden Haushalt wurde wieder festgestellt, dass ein PEK erst zum 01.07.2007 vorgelegt werde, also eine weitere Verzögerung.

Frau Nußbeck wies diese Aussagen zurück und machte nochmals deutlich, dass bereits in der Einführung zum Haushaltsplanentwurf 2007 darauf verwiesen wurde, dass in diesem Haushalt bereits alle Arbeitsstände zum PEK bis zum 31.03.2007 eingeflossen seien. Es existiere ein PEK mit einem Arbeitsstand. Die Strukturberatungen seien bis auf wenige Ämter abgeschlossen. Eine zusammenfassende Darstellung sei erst danach möglich. Arbeitsstand im März 2007 waren 156,6 kw-Stellen. Es gebe einen Rohentwurf des PEK und es sei beabsichtigt, den Stadträten zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses eine ämterbezogene Zusammenfassung zu übergeben.

Bezogen auf die Aussage zu den Tarifverhandlungen führte Frau Nußbeck weiter aus, dass die ersten Gespräche mit Ver.di auf der Basis dieses Arbeitsstandes am 16.05.2007 erfolgten und Ver.di habe diese Vorgehensweise akzeptiert.

Herr Pätzold erfragte, warum es den Stadträten so schwer gemacht werde. Die Verwaltung habe mit Ver.di über diesen Rohentwurf des PEK diskutiert, die Stadträte werden nicht informiert.

Herr Gröger nahm Bezug auf die Aussage von Herrn Pätzold, dass die Tarifverhandlungen gescheitert seien. Dem sei nicht so, denn es gebe einen Tarifvertrag. Das müsse klargestellt sein. Dass die Verhandlungen nicht wunschgemäß abgelaufen seien, das sei eine ganz andere Sache, so Herr Gröger. Was den Zeithorizont für die Erarbeitung des PEK anbetreffe müsse betrachtet werden, dass die Verwaltung neben den zu führenden Strukturgesprächen mit 20 Ämtern noch weitere zeitintensive Problematiken, wie beispielsweise die Auseinandersetzungsvereinbarung mit dem LK AZE und die Vorbereitung der Fusion allgemein zu lösen habe. Aus diesem Grund sei eine zeitnahe Vorlage des Zahlenmaterials nicht möglich. Man müsse der Verwaltung diesbezüglich die dafür notwendige Zeit zugestehen. Die Stadträte werden in der nächsten Sitzung des Ausschusses über den Arbeitsstand informiert und erkennen, dass bis zu diesem Zeitpunkt ein gutes Ergebnis erzielt wurde. Und um auf die Aussagen hinsichtlich des ersten Tarifgespräches zurückzukommen, so Herr Gröger, habe die Verwaltung mit Ver.di nicht das PEK verhandelt, sondern die Vorgehensweise für die weiteren Tarifverhandlungen, die im September dieses Jahres fortgesetzt werden.

Frau Lohde griff diese Diskussion auf und machte deutlich, dass der abgeschlossene Tarifvertrag nicht das anvisierte Ergebnis gebracht habe, weil auch u. a. ein Personalentwicklungskonzept nicht vorlag. Man könne dies schon als Scheitern des Tarifvertrages bezeichnen, so Frau Lohde. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was dieses Ergebnis der Tarifverhandlungen der Stadt gekostet habe.

Frau Nußbeck erklärte, dass es sich um 1,2 Mio. EUR handele.

Frau Lohde erfragte im Weiteren, wie gut die Stadt für die Zukunft strukturmäßig aufgestellt sei und ob es im Vergleich mit anderen Kommunen zu der in Dessau eher konservativen Amtsstruktur andere, möglicherweise modernere Strukturformen gebe. Frau Nußbeck stimmte Frau Lohdes Aussage zu, dass die Stadt Dessau eine eher konservative Amtsstruktur habe, so wie sie von der KGSt. propagiert werde. In Bezug auf das PEK enthalte dies für die Zukunft auch Maßnahmen, die eine Überprüfung einzelner Ämter vorsehe, sodass sich diese Struktur durchaus noch verändern könne. D. h., dass das Konzept eine Reihe von noch zu untersuchenden möglichen Maßnahmen enthalte, die noch einen Teil von Entscheidungen nach sich ziehen müsse. Hinzu komme, so Frau Nußbeck weiter, dass mit der Einführung der Doppik die Struktur nochmals grundsätzlich in Frage gestellt werde, was sich ganz einfach aus der Produktbildung ergebe. Das PEK enthalte jedoch keine Strukturreform. Das bleibe im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik Thema.

Herr Bier nahm Bezug auf die in 1997/1998 durch BSL erarbeitete Studie zur Optimierung der Struktur der Stadtverwaltung Dessau und erfragte, in wie weit die Ergebnisse dieser Studie umgesetzt worden, wie z. B. Ämterzusammenlegungen u. a. Herr Gröger erläuterte, dass die Ergebnisse dieser Studie bereits in vielen Bereichen umgesetzt seien. So wurden beispielsweise das Grünflächenamt mit dem Amt für Grundstücks- und Gebäudemanagement und auch das Stadtsanierungsamt mit dem Bauverwaltungsamt zusammengeführt.

Frau Nußbeck ergänzte und machte deutlich, dass sich der Personalaufwuchs durch die Fusion am 01.07.2007 durch alle Strukturebenen ziehe, auch beim Leitungspersonal.

Herr Bier führte weiter aus, dass dem gegenüber die Neuschaffung von Ämtern entgegenstehe. Frau Nußbeck erklärte dazu, dass eines dieser Probleme daraus resultiere, dass eine aus arbeitsrechtlichen Ansprüchen resultierende Versorgung nicht durchgeführt wurde. Weitere Ausführungen zur Thematik werden im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Frau Nußbeck führte die Diskussion zum Einzelplan 2 – Schulen zurück.

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf den Verwaltungshaushalt und die an verschiedenen Stellen ausgewiesenen erheblichen Mittel für den baulichen Unterhalt, die seiner Meinung nach bereits Größenordnungen von Investitionen haben. Die Frage sei hier, aus welchem Grund diese Größenordnungen den Verwaltungshaushalt belasten, wie beispielsweise Unterabschnitt 21112 – Grundschule „Ziebigk“ Schulstraße 25/Ebertallee 24, HHSt. 50100 – Bauliche Unterhaltung in Höhe von 165.600,00 EUR.

Herr Wolfram erläuterte, dass entsprechend eines diesbezüglich gefassten Stadtratsbeschlusses eine Schlichtherrichtung des Gebäudes erfolge. Eine Schlichtherrichtung sei keine Werterhöhung und nach der Haushaltssystematik eindeutig dem Verwaltungshaushalt zuzuordnen. Die dort durchzuführenden Maßnahmen beschränken sich im Wesentlichen auf dringende Malerarbeiten, Beseitigung von Defiziten im Sanitärbereich, einschl. weiterer dringend notwendiger Reparaturarbeiten. Außerdem sei dieses Objekt im Investitionsprogramm für spätere Jahre aufgeführt, so Herr Wolfram.

Auf die Anfrage von Herrn Maloszyk die anfallenden Kosten zur Sicherung geschlossener Schulen betreffend, wenn doch die Ansätze im Haushalt auf 0 gestellt seien, erläuterte Herr Wolfram, dass diese Kosten dem Grundstücks- und Gebäudemanagement zugeordnet werden.

Zum Einzelplan 2 – Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept - wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Frau Nußbeck nahm Bezug auf das Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre

Konsolidierungsvorschlag: 3007
Unterabschnitt: 33110
Bezeichnung: Anhaltisches Theater

und führte aus, dass es zwischenzeitlich ein Gespräch mit dem Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters (ATD) zur Darstellung des Konsolidierungsvorschlages im Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gab und man sich auf folgendes Verfahren geeinigt habe:

1. Der bisherige Vorschlag Nr. 3007 aus dem beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept von 2006 bleibt unverändert bestehen.
2. Für den beim Land beantragten zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 1.300,00 TEUR wird ein gesonderter Vorschlag angelegt (Nr. 3024) und dieser Antrag auf Zuschusserhöhung in Höhe von 930 TEUR als Einnahmeerhöhung ausgewiesen.

Diese geänderte Fassung werde dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Anfrage von Herrn Bönecke, in wie weit dieser Vorschlag mit dem ATD abgestimmt sei, erklärte Herr Wolfram unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Frau Nußbeck, dass es am 23.05.2007 ein Abstimmungsgespräch zwischen dem ATD, Dezernat V und II gegeben habe.

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf die diesjährige Durchführung des Elbe-Bade-Festes und erfragte, wie die entstehenden Kosten abgewickelt werden. Im Haushaltsplan sei hierfür keine eigene Kostenstelle ausgewiesen.

Herr Gröger erläuterte, dass hierfür keine Kosten im Haushalt ausgewiesen seien. Die Unterstützung der Stadt sehe so aus, dass die Mitarbeiter des Umweltamtes bei der Vorbereitung und Organisation auch über den üblichen Arbeitszeitrahmen hinaus zur Verfügung stehen.

Konsolidierungsvorschlag: 3013
Unterabschnitt: Alternativvariante
Bezeichnung: Bildung eines Museumsverbunds

Herr Pätzold erfragte an Herrn Lambrecht gerichtet, ob es zu diesem Konsolidierungsvorschlag nochmals eine ausführliche Diskussion im Fachausschuss gebe.

Herr Lambrecht erläuterte, dass die Diskussion im Kulturausschuss erfolgte und die zu erbringenden Einsparungen nachgewiesen wurden. In der Alternativvariante habe man nicht nur Vorschläge zum Personalabbau gemacht, sondern auch Vorschläge struktureller Art, die umgesetzt bzw. zum Laufen gebracht werden müssen. In dieser Phase müsse dann beobachtet werden, in wie weit die bisherige Organisationsform in eine andere überführt werden könne. Ganz deutlich müsse man sagen, so Herr Lambrecht, dass die Betrachtung nicht nur unter dem Einsparungseffekt, sondern auch unter dem Organisationseffekt erfolgen müsse. Weitere Einsparungen seien nicht möglich, da bereits jetzt nur noch auf das absolut Notwendige heruntergefahren wurde.

Konsolidierungsvorschlag: 3001

Unterabschnitt: 31000

Bezeichnung: Museumspädagogischer Dienst

Herr Bönecke nahm Bezug auf diesen Vorschlag und verwies auf die letztjährige Diskussion hinsichtlich der Bildung eines Museumsverbundes. Seiner Erinnerung nach habe man sich diesbezüglich dazu befunden, den Museumspädagogischen Dienst weiter vorzuhalten.

Frau Nußbeck erklärte, dass es sich bei diesem Vorschlag um einen neuen zusätzlichen Vorschlag handele, zur Verringerung des zusätzlichen Defizits.

Herr Lambrecht nahm die Bemerkungen von Herrn Bönecke auf und führte aus, dass dieser Vorschlag im letzten Haushaltskonsolidierungskonzept durch andere Vorschläge kompensiert wurde.

Frau Nußbeck erklärte, dass die durch das Fachamt gemachten Alternativvorschläge nicht in vollem Umfang umzusetzen seien und die erforderliche Einsparung nicht erbringen.

Herr Wolfram verwies auf die Begründung bzw. die Voraussetzungen zu diesem Konsolidierungsvorschlag, aus der eindeutig hervorgehe, dass durch das Fachamt in Beratung und unter Mitwirkung des Kulturausschusses Möglichkeiten der Umsetzung des Konsolidierungsbeitrages in Höhe von 90 TEUR im Jahr 2008 geprüft werden.

Herr Bönecke machte deutlich, dass seinerseits an dem Museumspädagogischen Dienst festgehalten werde und durch das Fachamt Alternativmöglichkeiten geprüft werden müssen.

Konsolidierungsvorschlag: 3020

Unterabschnitt: 32150

Bezeichnung: Meisterhäuser

Für Herrn Bönecke wäre es interessant zu wissen, wie sich derzeit die Einnahmestrukturen bei den Meisterhäusern darstellen.

Herr Wolfram erklärte, dass zu dieser Thematik in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses diskutiert werden könne. Es können Aussagen zu den derzeitigen Einnahmen und auch im Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen bundesweit getroffen werden.

Konsolidierungsvorschlag: 3021Unterabschnitt: 32120Bezeichnung: Anhaltische Gemäldegalerie

Herr Bönecke erfragte bezüglich dieses Konsolidierungsvorschlages, wie es nach Umsetzung des Vorschlages mit der Position der dort derzeit durch die Stadt ausgestellten Bilder aussehe.

Frau Nußbeck erklärte, dass momentan nur ein Zuschussantrag an das Land für die Einrichtung gestellt wurde. Dieser Betrag wurde als Konsolidierungsbeitrag dargestellt.

Frau Wirth ergänzte, dass es zwei Varianten zur Erreichung des Konsolidierungsbeitrages gebe. Zum einen könne die Stadt das Georgium an die Kulturstiftung übertragen, einschl. der umliegenden Grundstücke. Dann erspare die Stadt den Zuschussbedarf für das Georgium. Eine Entscheidungsmöglichkeit die Gemälde betreffend habe die Stadt dann nicht mehr. Die zweite Möglichkeit bestehe im bereits vollzogenen Antrag an das Finanzministerium auf Übernahme des Zuschusses. D. h., dass die Einrichtung bei der Stadt bleibe.

Frau Lohde regte an, in dem Vorschlag deutlich zu trennen, was gemeint sei: die Gebäude, aber nicht die Gemälde.

Das Zweite ist für mich der Museumsverbund, so Frau Lohde weiter. Herr Lambrecht habe gesagt, dass es unter finanziellen Gesichtspunkten zu sehen sei. Ich denke aber auch, man muss wirklich betrachten, dass die Gebäude alle auseinander liegen, also die Sinnfälligkeit eines solchen Vorschlages wirklich zu prüfen sei. Also bloß, dass die Leute irgendwo in einem Regie- oder sonst was für einen Betrieb sitzen und die Situation in der Stadt die gleiche sei, sei eigentlich nur ein Verschiebebahnhof. Für mich ergibt es keinen Sinn. Ich denke, dass auch dieser Museumsverbund eine sehr starke Auswirkung auf das Kulturamt selbst haben würde und diese strukturelle Frage müsste eigentlich zumindest abschließend mit betrachtet werden und wenn man so einen Schritt geht, dann gehört für mich immer noch die Bibliothek mehr zur Bildung, als zum Museum und Kultur. Da wäre einfach wirklich die Frage, dass man das in der ganzen Tragweite der Struktur sehe, weil sie wirklich das gesamte Amt treffe und man nicht bloß über den Museumsverbund nachdenke. Ein solcher Vorschlag sei sinnlos, solange man die Grundsituation nicht verändere.

Konsolidierungsvorschlag: 3017Unterabschnitt: 35200Bezeichnung: Anhaltische Landesbücherei

Auf Anfrage von Herrn Giese-Rehm hinsichtlich der Zweigstellen der Anhaltischen Landesbücherei erläuterte Herr Lambrecht, dass es den vorjährigen Konsolidierungsvorschlag gebe mit einem Abbau von 5 VbE ausschließlich in den Hauptbibliotheken. Es gebe jetzt einen weiterführenden Vorschlag, der nochmals von einem Stellenabbau von 4,3 VbE aus den Zweigbibliotheken spreche.

Auf die Anmerkung von Herrn Giese-Rehm, dass über diesen Vorschlag nochmals konkret gesprochen werden müsse erklärte Frau Nußbeck, dass der Vorschlag sich nicht ausdrücklich auf die Zweigstellen beziehe. Es stand die Aufgabenstellung der Einsparung von 4,3 VbE, die durch das Fachamt untersetzt werden sollte.

Herr Wolfram verwies auf die Diskussion zum Museumspädagogischen Dienst. Es werde auch hier eine Abstimmung mit dem Kulturausschuss durch das Fachamt geben.

Verwaltungshaushalt, Seite 315

Unterabschnitt 35200

Anhaltische Landesbücherei

HHSt. 11020 – Jahresbenutzungsgebühr

Auf die Anfrage von Herrn Giese-Rehm erläuterte Frau Wirth, dass der Ansatz hier an das Rechnungsergebnis des Jahres 2005 angepasst wurde und auch in 2006 waren die Benutzungsgebühren rückläufig.

HHSt. 50000 – Bauliche Unterhaltung

Die zweite Anfrage bezog sich auf die enorme Ausgabeerhöhung bei der Baulichen Unterhaltung, die sich lt. beigefügtem Hinweis im Wesentlichen auf die Reparatur der Elektrik beziehe.

Herr Lambrecht erläuterte, dass es in der Vergangenheit mehrfach zu Totalausfällen der Elektrik gekommen sei, die eine dringende grundsätzliche Reparatur notwendig machten.

Frau Lohde nahm nochmals Bezug auf die Ausführungen zum Museumsverbund und bat um Prüfung, wenn man hier schon über einen Eigenbetrieb nachdenke, in wie weit alle Bauhausgebäude in dieser Einheit zusammengeschlossen werden könnten. Man könnte zeitweise mit einem städtischen Zuschuss arbeiten, bevor diese in Eigenregie übergehen. Diese Einrichtungen hätten alle die Reserven, schon mit dem Gebäude allein Einnahmen zu erzielen. Die Stadt könnte damit einige Negativposten, wie beispielsweise das Kornhaus, beseitigen.

Herr Gröger erklärte, dass die Verwaltung diesen Vorschlag aufgreifen und die Möglichkeiten prüfen werde.

Zum Einzelplan 3 – Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept - wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Frau Nußbeck nahm Bezug auf eine Anfrage von Frau Andrich zum Konsolidierungsvorschlag-Nr. 4036 – Station junger Techniker in der Sitzung des Ausschusses am 10. Mai 2007. Die Beantwortung der Anfrage hinsichtlich der Angebote in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr vom Fachamt liege vor und werde als Anlage zum Protokoll beigefügt. Herr Wolfram ergänzte, dass die Anfrage parallel dazu im Jugendhilfeausschuss nochmals thematisiert und beantwortet werde.

Frau Nußbeck nahm im Weiteren Bezug auf eine Anfrage von Herrn Bönecke zum Konsolidierungsvorschlag-Nr. 4038 – Kindertagesstätten in der Sitzung des Ausschusses am 10. Mai 2007. In Beantwortung der Anfrage schlug Frau Nußbeck vor, dass im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung der Satzung das Thema im Sozial- und im Finanzausschuss nochmals ausführlich behandelt werde.

Herr Bönecke stimmte dieser Vorgehensweise zu. Im Übrigen erfolgte bereits telefonisch zwischen der Jugendamtsleiterin, Frau Förster und Herrn Bönecke zur Thematik Abstimmung.

Bezug nehmend auf die Anfrage von Herrn Giese-Rehm die Gründe für die Erhöhung des **Zuschusses an freie Träger der Kindertagesstätten** betreffend, erklärte Frau Nußbeck, dass diese aus der steigenden Inanspruchnahme von Elternbeitragsbefreiungen, aus Tarifierhöhungen, aus der Mehrwertsteuererhöhung und aufgrund von 70 zusätzlichen Hortplätzen bei den freien Trägern resultiere.

Konsolidierungsvorschlag: 4037

Unterabschnitt: 45150

Bezeichnung: Schließung der Kinderfreizeiteinrichtung der Urbanisten am Zoberberg

Frau Schnirch nahm Bezug auf die Beschlusslage des Stadtrates und des Jugendhilfeausschusses zur Konzeption der Jugendarbeit. Hier werde an der Einrichtung festgehalten, trotz des Wegfalls der Förderung. Es gebe Prüfaufträge für Einrichtungen in Dessau-Nord und Dessau-Süd. Bei der Einrichtung Zoberberg werde weiterhin der Bedarf gesehen und auch speziell an der Einrichtung der Urbanisten, obwohl sich daneben ein städtischer Jugendclub befindet. Dies habe ganz einfach den Grund, dass hier unterschiedliche Nutzergruppen vorhanden sind.

Der Einrichtung der Urbanisten seien vorwiegend die jüngeren Altersgruppen zuzuordnen und dem städtischen Jugendclub vorwiegend die Jugendlichen.

Man sollte auch sehen, auch wenn es „Soziale Stadt“ als Programm nicht mehr gebe, dass sich hier ein sozialer Brennpunkt mit überwiegend sozial Schwachen befindet und auch schon deshalb darüber geredet werden müsse, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Als Vorschlag zur Finanzierung dieser Einrichtung brachte Frau Schnirch vor, die Mittel durch den Verkauf von städtischen Einrichtungen zu erzielen.

Herr Giese-Rehm bekräftigte die Ausführungen von Frau Schnirch zum Erhalt der Einrichtung und betonte, dass die Finanzierung dieser Einrichtung bislang aus dem Programm „Soziale Stadt“ gelaufen sei und nur aus diesem Grund nicht Bestandteil der städtischen Förderung gewesen sei. Es war aber klar, so Herr Giese-Rehm, dass bei Wegfall der Förderung seitens der Stadt etwas getan werden müsse.

Frau Nußbeck machte im Rahmen dieser Diskussion darauf aufmerksam, dass eine Weiterbetreibung der Freizeiteinrichtung vor dem Hintergrund dessen, dass sich auf dem Zoberberg eine Ganztagschule, eine Kindereinrichtung und ein Jugendclub befinden, beleuchtet werden müsse. Eine Finanzierung durch die Erhöhung von Einnahmen durch Verkauf von städtischen Einrichtungen ist insofern nicht möglich, da die Stadt ihr strukturelles Defizit abbauen müsse. Das laufende Defizit könne nur durch Einsparungen beseitigt werden, in dem dafür gesorgt werde, dass die Einnahmen den Ausgaben entsprechen. Soll-Fehl-Beträge können mit einem Verkauf städtischer Einrichtungen beseitigt werden, aber eine vollständige Lösung der finanziellen Probleme der Stadt sei nicht möglich.

Frau Schnirch knüpfte nochmals an ihre Ausführungen an und erklärte, dass der Bedarf aller Einrichtungen entsprechend der Konzeption in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, freien Trägern und den Jugendlichen selbst nachgewiesen wurde.

Herr Wolfram stimmte den Aussagen zu, dass es sich beim Zoberberg um einen sozialen Brennpunkt handele. An dieser Stelle sei jedoch auf einen Prüfbericht des Landesrechnungshofes verwiesen, der im Übrigen dem Hauptausschuss und auch dem Stadtrat vorgelegt werden wird, welcher unter anderem auf einige Probleme besonders im Stadtteil Zoberberg aufmerksam mache. Es werde in Fortführung der bewährten Diskussion und Findung des Bedarfs eine weitere Betrachtung geben. In der Summe gebe es auf dem Zoberberg 6 Einrichtungen, die sich um unterschiedliche Altersgruppen und um unterschiedliche Ansprüche kümmern.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Verwaltungshaushalt, Seite 389
Unterabschnitt 46070 – Haus Kreuzer
HHSt. 65510 – steuerliche Beratungsleistungen

Auf Nachfrage von Herrn Bönecke erläuterte Frau Wirth, dass es sich hier um die Kosten für die Umsatzsteuererklärung des Jahres 2006 handele.

Zum Einzelplan 4 – Verwaltungshaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept - wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

3.1.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre - Einzelpläne 0 - 4

Vorlage: BV/128/2007/II-20

Die Vorschläge des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007 und Folgejahre wurden in Abstimmung mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses im TOP 3.1.1 parallel beraten. Anfragen und deren Beantwortung sind unter diesem TOP aufgeführt.

3.1.3. Finanzplan 2006 - 2016

Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

Dessau, 30.08.07

Sabrina Nußbeck
Vorsitzende Ausschuss für Haushalt und Finanzen

J. Düring
Schriftführer